

Presseinformation

Konferenz: „Kampf gegen arbeitsbedingten Krebs“,
24. & 25. September 2018

e 2 0
u 1 8
a t

HINTERGRUNDINFORMATION

20 000 Menschen sterben in Österreich jedes Jahr an Krebs. Eine internationale Studie schätzt, dass fast ein Zehntel dieser Todesfälle (also 1 800) auf die berufliche Tätigkeit zurückgeführt werden kann, das heißt dass in diesen Fällen die Krebserkrankung arbeitsbedingt ist.¹ In Europa sterben über 100 000 Menschen jährlich an arbeitsbedingten Krebserkrankungen.

Diese erschreckenden Zahlen müssen langfristig verringert werden. Aus diesem Grund findet im Rahmen des österreichischen Ratsvorsitzes vom 24. bis 25. September 2018 in Wien die hochrangig besetzte internationale Konferenz „Kampf gegen arbeitsbedingten Krebs“ statt. Diese Veranstaltung, die aus Mitteln der EU kofinanziert wird, soll einen Beitrag dazu leisten, das Bewusstsein für die Gefährdung durch krebserzeugende Arbeitsstoffe zu schärfen und Maßnahmen zur Bekämpfung zu diskutieren.

Im Vergleich zu den genannten 1 800 Sterbefällen durch arbeitsbedingten Krebs sind im Jahr 2017 im österreichischen Straßenverkehr 413 Menschen tödlich verunfallt. Das heißt, dass in Österreich mehr als viermal so viele Menschen an arbeitsbedingten Krebserkrankungen sterben als durch einen Verkehrsunfall. Ziel ist es daher, die Zahl dieser arbeitsbedingten Krebserkrankungen langfristig zu senken und Neuerkrankungen zu verhindern.

Eine große Herausforderung für Österreich und für ganz Europa stellt der Umstand dar, dass den Menschen in der Arbeitswelt gar nicht bewusst ist, welchen Gefahren sie am Arbeitsplatz ausgesetzt sind. Aber erst dieses Wissen ermöglicht es, entsprechende Schutzmaßnahmen setzen zu können.

Für die österreichische Arbeitsinspektion steht in den letzten Jahren der Kampf gegen krebserzeugende Arbeitsstoffe im Mittelpunkt. Ein wesentlicher Faktor zum Schutz der Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen ist die Verringerung der Exposition am Arbeitsplatz. Dies setzt aber entsprechendes Wissen über die Gefahren und den richtigen Umgang mit krebserzeugenden Stoffen voraus.

„Als zuständige Bundesministerin erfüllt es mich mit großer Zufriedenheit, dass die österreichische Arbeitsinspektion in einem groß angelegten Projekt Betriebe aufklärt, praxisnahe Handlungshilfen vorstellt und bei der Umsetzung sinnvoller Maßnahmen berät. Die präventive Wirkung der Arbeitsinspektion ist dabei nicht zu unterschätzen“, kommentiert Bundesministerin Beate Hartinger-Klein.

Die Konferenz „Kampf gegen arbeitsbedingten Krebs“ reiht sich in ein Bündel von Aktivitäten auf nationaler und europäischer Ebene ein. Diese Aktivitäten reichen von der Festlegung neuer Grenzwerte für krebserzeugende Stoffe über gemeinsame Kampagnen bis hin zum Austausch bewährter Praktiken. Es werden Brücken geschlagen von der aktuellen Forschung über das Gefährdungspotential

¹ Studie J. Takala „Eliminating occupational cancer in Europe and globally“ (2015)

krebserzeugender Arbeitsstoffe zu einer angepassten Gesetzgebung zum Umgang damit. Wesentlich ist es auch, das bereits vorhandene Wissen in der betrieblichen Praxis umzusetzen.

Ein hervorragendes Beispiel für eine EU-weite Initiative ist die Europäische Kampagne 2018-2019 „Gesunde Arbeitsplätze – Gefährliche Arbeitsstoffe erkennen und handhaben“, die von der Europäischen Agentur für Sicherheit und Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz (EU-OSHA) ins Leben gerufen wurde und in allen Mitgliedstaaten durchgeführt wird. Im Rahmen dieser Kampagne setzt Österreich als engagierter Partner zahlreiche Aktivitäten in Gang.

Eine weitere wichtige Initiative wurde 2016 in den Niederlanden mit der Unterzeichnung der Roadmap „Karzinogene 2016-2018 von Amsterdam nach Wien“ ins Leben gerufen.

Dieses freiwillige Aktionsprogramm zur Bekämpfung arbeitsbedingter Krebserkrankungen soll für die Gefährdungen durch Karzinogene am Arbeitsplatz sensibilisieren und den Austausch von bewährten Praktiken anregen.

„Ich bin stolz, dass es gelungen ist, die Roadmap auch über Wien hinaus weiterzuführen, bis ins Jahr 2019 zu verlängern und sie in einem symbolischen Akt an Finnland zu übergeben. Diese Übergabe stellt für mich einen Höhepunkt dieser Konferenz dar“, führt Bundesministerin Beate Hartinger-Klein aus.



Die Veranstaltung entspricht den Kriterien des Österreichischen Umweltzeichens für Green Meetings



Kofinanziert von
der Europäischen Union